Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 22 (1928)

Heft: 2

Artikel: Zur Weltlage : die politische, wirtschaftliche und geistige Lage in Deutschland

Autor: Fuchs, Emil

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-135715

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Geistesrichtungen macht; eine Geistesrichtung gehört da nicht hinein. Also da müssen wir vorsichtig sein. Ich weiss nicht, ob man mich versteht. Ich bin fast zum Tode traurig geworden in der letzten Zeit, weil ich gemerkt habe, dass man aus dem, was ich so hygienisch gesagt habe, eine Reichsgottesgeschichte gemacht hat, deswegen habe ich in den letzten Wochen ganz davon geschwiegen. Wir wollen ein praktisches Christentum, ja, aber wenn es ins Praktische hinein soll, dann müssen wir auch vorsichtig sein und warten können; dann müssen wir heute vielleicht dies und jenes tun, was wir morgen vielleicht schon wieder aufgeben müssen, bis wir einmal ein Wort hören: „Samuel" und wir sagen können: „Hier bin ich". Und dann erst wird es ausgemacht, was für das Leibesleben richtig ist.

Zur Weltlage

Die politische, wirtschaftliche und geistige Lage in Deutschland.

Wir stehen im Zeichen der Wahlen, obwohl noch niemand weiss, wann sie stattfinden werden, ob im Mai, ob im Herbst. Im Mai wünscht sie Stresemann und der ihm nahestehende Kreis, im Herbst wünscht sie die Deutschnationale Partei, die sich so lange wie möglich an der Macht halten will. Die Linke steht abwartend, da sie weiss, dass jede Woche jetziger Regierung die Wähler ihr in verstärktem Masse zutreibt. — Denn grosse Entscheidungen müssen getroffen werden von einer Regierungskoalition, die hoffnungslos zersplittert ist, sodass sie zu keiner Entscheidung mehr wirkliche Kraft besitzt. Jede der Regierungsparteien hat starke Interessen, die sie gegen die Massen des deutschen Volkes in einer solchen Rechtsregierung durchsetzen möchte. Aber jede der Parteien hat es auch erfahren, dass Art und Interesse des Bundesgenossen ihm selbst und der Stimmung seiner Wähler gegenüber und dem von ihm vertretenen Gedanken gefährlich wird. Welches sind die grossen Entscheidungen, zu denen diese Regierung keine Entschlüsse findet?

1. Die Aussenpolitik.

Warum wünscht Stresemann die Auflösung des Reichstages und möglichst rasche Neuwahlen? Ihm ist es am deutlichsten geworden, dass der Bund seiner Partei mit den Deutschnationalen die Verständigungspolitik mit Frankreich zum Stocken gebracht hat. Die Deutschnationalen haben zwar die Unterstützung seiner Politik beim Eintritt in die Regierung zugesagt. Da sie aber vorher ihre Wähler so hoffnungslos gegen die von den republikanischen Parteien und dem „Juden" Rathenau eingeleitete Verständigungspolitik fanatisiert haben, müssen sie jede Zustimmung nach aussen durch ein Auftreten vor ihren Wählern wieder verdecken, das Stresemanns Stellung erschüttert, nach aussen Schwierigkeiten und Misstrauen

schafft und deutlich werden lässt, wie gefährlich unsicher der Grund ist, auf dem Stresemann in dieser Regierung steht. — In der Aussprache über die Aussenpolitik, die in diesen Tagen im Reichstag stattfand, fand Stresemann die klare Unterstützung der Opposition seiner Regierung. Der Redner der stärksten Regierungspartei aber stimmte zwar offiziell der Politik dieser Regierung zu, liess aber zwischen den Zeilen so viel deutliche Kritik schimmern, dass seine Rede den Aussenminister zu einer sehr energischen Verteidigung zwang. Vor allem aber hatte der Redner der stärksten Regierungspartei durchblicken lassen, man müsse gegenüber der misstrauischen Politik Frankreichs sich andere Bundesgenossen suchen — ein Wort, das geradezu ein Todesstoss gegen Stresemanns Politik wäre, wenn es ernst zu nehmen wäre. — Sofort machte auch der Redner des Zentrums energisch Front gegen diese Stellungnahme der verbündeten Partei, und die Verstimmung dieser beiden Parteien hat sich verstärkt. — Deutlicher aber wie je ist klargestellt, dass die Aussenpolitik dieser Regierung von der stärksten Regierungspartei nur mit grossem Widerstreben mitgemacht wird und dass sie deshalb ihre ungeheuren Misserfolge ernten musste. — Einmal ist das Fortschreiten der Verständigungspolitik ins Stocken geraten und dazu hat diese Regierung das Eingreifen des Reparationsagenten in die innerdeutschen Finanzverhältnisse geradezu herausgefordert und damit Deutschland eine Demütigung zugezogen, die keine bisherige republikanische Regierung bis jetzt ertragen musste. Und das ist den Kreisen passiert, die so gern die Haltung der republikanischen Regierungen als Schwächlichkeit, Vaterlandsverrrat u. s. w. kennzeichneten.

Die Verständigung mit Polen ist gleichzeitig gefährdet durch den hartnäckigen Widerstand der in der deutschnationalen Partei organisierten Kreise des Grossgrundbesitzes, die von einem Handelsvertrag mit Polen eine Gefährdung ihres landwirtschaftlichen Monopols in Deutschland fürchten. Das aber ist das zweite Problem der Lage.

2. Die Krisis der Landwirtschaft.

In der ganzen Welt führt die Entwicklung der Landwirtschaft zum Aufsteigen des mittleren und kleinen Bauern und zum Rückgang des Grossgrundbesitzes. Die Kleinen sind in der Landwirtschaft dem Grossbetrieb wirtschaftlich überlegen. In Deutschland hat man diese Entwicklung durch eine Zollpolitik und eine Politik wirtschaftlicher Unterstützungen in Form von Darlehen u. s. w. zugunsten der Grossen aufgehalten. So ist es gekommen, dass ein ganz grosser Teil des Grossgrundbesitzes allmählich an den Punkt gelangt ist, wo die heutigen Staatsbegünstigungen nicht mehr ausreichen, ihn zu halten. Gleichzeitig hat man den Bauernstand in seiner Entwicklung so zurückgehalten, dass er nicht imstande ist,

die Möglichkeiten auszunutzen, die sich ihm bieten. Man hat weder die notwendigen Bildungsmöglichkeiten geschaffen, die ihn seiner wirtschaftlichen Pflicht gewachsen machen könnten, noch hat man eine so ausgedehnte Siedlungstätigkeit vorbereitet, dass der Bauernstand allmählich an die Stelle des Grossgrundbesitzes treten könne. Finanziell hat man durch Darlehen u. s. w. den sinkenden Grossgrundbesitz ungemein stärker gefördert als den aufsteigenden Bauernstand, und schliesslich hat man durch die hohen Futtermittelzölle den in Deutschland wenig produktiven Getreidebau des Grossgrundbesitzes geschützt, durch Verteuerung der Viehzucht, die des Kleinbauern wichtigster Betriebszweig ist.

Nun ist die Lage so geworden — und es ist charakteristisch und entscheidend, dass ein Jahr reaktionärer Grossgrundbesitzerregierung den Gipfelpunkt der Krisis gebracht hat — dass ohne eine Regierungshilfe in Riesenausmass eine ganz wesentliche Reduktion des Grossgrundbesitzes, der sich nicht mehr halten kann, eintreten muss. Die Aktion müsste so gross sein, dass selbst die jetzige Regierung einsieht, dass Deutschlands Finanzkraft dazu nicht ausreicht. So vollzieht sich etwas, was man fast eine Revolution der Landwirtschaft gegen ihre eigene Regierung nennen könnte.

Aber schon das Zentrum kann eine so einseitige Begünstigung der Landwirtschaft nicht mitmachen. Seine Wählerkreise rekrutieren sich so stark aus der Arbeiterschaft, dass es eine Verteuerung der Lebenshaltung durch neue Zollerhöhungen, Nichtabschliessen von Handelsverträgen wie der mit Polen und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Hemmungen des Absatzes der deutschen Industrie nicht mitmachen kann. Dazu kommt, dass die Genfer Handelskonferenz eben doch den Abbau der Zölle als eine der dringendsten wirtschaftlichen Notwendigkeiten proklamiert hat und dass nun wieder bestimmte Grosshandelskreise, die in der deutschen Volkspartei hinter Stresemann stehen, von dieser Erkenntnis deutlich ergriffen sind. — Hilfe für die Landwirtschaft ist also auf diesem Wege nicht zu finden. Es drängt alles auf die Wege, die den mittleren und kleinen Bauern fördern.

Damit steht die deutsche Politik wieder vor einer einschneidenden Entscheidung. Grossgrundbesitz bedeutet Zölle, Abschluss vom Ausland, Gewaltpolitik im Innern und nach Aussen. Man sieht wieder deutlich, wie hier Aussen- und Innenpolitik verquickt sind. Bauernpolitik bedeutet Bildung des Bauern zu grösserer Leistungsfähigkeit, Förderung der bäuerlichen Genossenschaft, Zusammenarbeit dieser mit den städtischen Genossenschaften, Förderung der Industrie, damit diese der Landwirtschaft ihre Edelprodukte abnimmt, Friedenspolitik im Innern und nach Aussen. Bauernpolitik bedeutet: Verzicht auf das Ziel, Deutschlands Ernährung aus sei-

ner eigenen landwirtschaftlichen Produktion sicher zu stellen. Sie bedeutet, dass man den Versuch aufgibt, die Produkte, die das Ausland billiger herstellt, mit Hilfe staatlicher Unterstützung trotzdem in Deutschland in ausreichendem Masse herzustellen. Das aber bedeutet Verzicht auf die Möglichkeit, Krieg zu führen. Denn das hat eben doch der Weltkrieg klar gemacht, dass ein Land auf schmaler Ernährungsbasis den Krieg nicht ertragen kann und wenn es militärisch noch so stark gerüstet ist. In der Entscheidung, die nun in Deutschland fällt: „Bauernsiedelung oder Erhaltung des Grossgrundbesitzes", fällt eine wichtige Entscheidung über die Frage „Kriegs- oder unbedingte Friedenspolitik".

3. Die Eisenpreise.

Im Herbst hatte die mächtigste deutsche Industrie, die Grosseisenindustrie angekündigt, dass sie ihre gesamten Arbeiter aussperren werde, wenn die Regierung darauf bestehe, dass die von ihr geforderte Durchführung des Achtstundentages Wirklichkeit werde. Zu dieser Revolution der Wirtschaftsführer kam es allerdings nicht. Es kam zu einem Kompromiss. Aber nun hat die Eisenindustrie eine Erhöhung ihrer Preise beschlossen, gegen die sich die verarbeitende Industrie heftig wendet und die der Reichswirtschaftsminister als eine Gefährdung der deutschen Gesamtwirtschaft bezeichnet hat, der Reichswirtschaftsminister, der selbst aus der Partei der Grossindustrie, der deutschen Volkspartei hervorgegangen ist. — Wieder öffnet sich der Blick in ein Riesenproblem der deutschen Politik, um das innerhalb der Wirtschaftskreise selbst gerungen wird. Inflation, Zeit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit liegen hinter uns. Man hat die Wirtschaft rationalisiert, konsolidiert und die Arbeiterschaft hat dafür die ungeheuersten Opfer an Lebenskraft bringen müssen, die sich in knappen Löhnen und Arbeitslosigkeit ausdrückten. — Langsam macht sich die Gesundung geltend. Soll nun der Erfolg dieser Jahre rücksichtslos vom Unternehmertum ausgenutzt werden oder soll eine Politik des Arbeiterschutzes, des Einsatzes der Staatsgewalt für die Lebensrechte der Arbeiter, diesen den ihnen gebührenden Anteil erzwingen? — Die deutsche Volkspartei hat wohl deshalb so sehr viel Wert auf die Bildung einer Rechtsregierung gelegt, weil sie den Einsatz der Regierung zugunsten der Arbeitermassen gegen die Grossindustrie verhindern wollte. In ihr aber streiten sich nun die beiden Gruppen, die ganz Rücksichtslosen, die Scharfmacher, die auch jetzt noch nicht einsehen, dass die Ausraubung des Volkes durch die Inflation eine grosse Torheit war — denn sie nahm ihnen die Kaufkraft des Volkes. Diese selben Leute sehen auch nicht, dass Arbeitermassen mit geringem Lohn keine Kaufkraft für die Industrie entwickeln. Sie sehen auch nicht, dass die Politik der Rücksichtslosig-

keit bald am Ende wäre. Mit ihnen ringen die Klugen, die eine Politik wünschen, in denen die Grossindustrie zwar die Bestimmung des Entgegenkommens in der Hand behält, aber doch so viel Entgegenkommen übt, dass diese Machtstellung nicht durch eine aufbegehrende Volksstimmung gefährdet wird. Diese Richtung wird von denjenigen Deutschnationalen gefördert, die nicht einfach einseitige Grossagrarier sind, sondern die den christlichen Gewerkschaften nahe stehen. Aber es hat sich gezeigt, dass unter den Deutschnationalen, in der deutschen Volkspartei, in Grossagrariertum und Grossindustrie die Stimmung der Scharfmacher so stark ist, dass eine Rechtsregierung, die eine konservativ-soziale Regierung wäre, nicht möglich ist. Zentrum und soziale Kreise der Deutschnationalen sind sehr enttäuscht. Vor allem aber das Zentrum erlebt es, dass die seiner Abgeordneten, die zu seinen Arbeiterkreisen Beziehungen haben, wie die Sekretäre der christlichen Gewerkschaften Imbusch und Stegerwald (dieser bis jetzt auf dem rechten Flügel der Partei) sich gegen die offizielle Parteipolitik auflehnen. Sie fühlen, dass ihre Gefolgschaft sie verlässt. Marx, der jetzige Reichskanzler und Vorsitzende der Zentrumspartei, gilt jetzt schon als ein politisch toter Mann, um seiner Führung in der Rechtskoalition willen.

4. Das Reichsschulgesetz.

Soll Gewalt oder Geist herrschen, ist auch hier die Frage. Das Zentrum will den durch staatliche Macht garantierten Einfluss der Bischöfe und katholischen Kirche; die Deutschnationalen und kirchlichen Kreise der evangelischen Kirchen wollen dasselbe. — Dass man christlichen Geist in der Schule am wenigsten durch Gesetz und staatliche Macht, sondern nur durch die Frömmigkeit selbst sichern kann, ist beiden Kirchen nicht klar. Hier wird es ganz deutlich, wie sehr die beiden Kirchen im Kampf um die Entscheidung „Gewalt oder Geist“ auf Seite der Gewalt stehen. Es sind hüben und drüben kleine Gruppen, wie die „Christliche Welt“ und ihr Kreis, die religiösen Sozialisten, soweit sie noch Zusammenhang mit einer Kirche haben, die sich diesen Gedanken entgegenwerfen.

Die Abfertigung des Gesetzes geht sehr langsam. Die Deutsche Volkspartei — an die Koalition gefesselt durch den Wunsch, eine der Grossindustrie günstige Regierung zu haben — muss mit ihrer starken Anhängerschaft aus dem Beamtentum rechnen und möchte sich durch Freiheitshemmungen in der Schule nicht zu sehr diskreditieren. Das Zentrum, das die Belastung mit reaktionärer Politik auf sich nahm, um seinen kirchlichen Kreisen ein Schulgesetz zu schaffen, das ihm nur die Reaktion gewähren kann, fühlt heute die Gefahr dieser Koalition so deutlich, dass es fraglich ist, ob es die

Bindung so lange noch erträgt, bis es dieses Schulgesetz in Sicherheit hat. Inzwischen rüstet sich der Sozialismus, dies Schulgesetz zum Ausbau seiner eigenen Schulorganisation und damit eines eigenen geistigen Unterbaus gegen die konfessionelle Schule auszunutzen. Der Geist der Gewalt führt sich für die Kirchen selbst ad absurdum. (Inzwischen ist das Schulgesetz gescheitert.)

5.

Ein solcher Ueberblick zeigt, wie im heutigen Deutschland in Wirtschaft und Politik die beiden Gesinnungen miteinander ringen und wie sie durch die grossen Lebensfragen zu dauernden Entscheidungen genötigt werden. Immer wieder, in innerer wie äusserer Politik, geht es um die Frage: Gewalt oder Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Genossenschaft oder Kampf, Ausbeutung? — Und immer wieder zeigt es sich, dass innere und äussere Politik eins sind. Grossagrariertum. Grossindustrie, d. h. Zölle, Vernichtung des innern Marktes, Eroberung eines äusseren Marktes um jeden Preis, Dumping also, Monopol, Kampf der grossen Monopole, Weg zum Krieg, Militarismus und Glauben an ihn.

Bauernpolitik, Arbeiterpolitik bedeuten Hebung der Volkskraft durch Bildungsmöglichkeiten, durch finanzielle Besserstellung, Förderung des Genossenschaftswesens, der Gewerkschaften, jeder Aeusserung der wirtschaftlichen und geistigen Selbständigkeit, Förderung des internationalen Güteraustausches, Abbau der Zölle, Verständigung, Ablehnung des Gewaltgeistes für innere und äussere Politik, Antimilitarismus, Weg zum Frieden.

Und nun ist es ganz gewiss auf der einen Seite eine furchtbare Hemmung, dass Kirchen, Universitäten und sogenannte gebildete Welt in Deutschland auf Seite des alten Geistes der Gewalt stehen — mit deshalb stehen, weil sie mit der brennenden Not des Lebens verhältnismässig wenig zu tun haben und immer noch von Theorien aus das Leben zu belehren suchen.

Und es ist umgekehrt die mächtige Tatsache, dass sich der Geist der Gewalt und des Militarismus fortschreitend unfähig beweist, die grossen Lebensfragen zu lösen und dass alle Stände, die in der wirklichen Bewegung und Not des Lebens stehen, einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht empfangen über die Unfruchtbarkeit dieser Gesinnung. Bis in die weiter schauenden Kreise der Grossindustrie hinein geht der Einfluss dieser Lehre, wenn auch die Organisationen der Industrie heute noch von den Kurzsichtigen und Unbelehrbaren beherrscht werden.

Sehr wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage der Vereinheitlichung des Reiches durch Abschaffung der Selbständigkeit der Länder. Hier drängt zunächst einmal die finanzielle Lage zum Abbau. Das deutsche Volk kann sich die Kostspieligkeit so vieler Par-

lamente und Regierungen nicht leisten. Es drängt aber auch die Kompliziertheit des Apparates, der eine Vielverwaltung und ein Gegeneinanderregieren schafft, das die Industrie unglaublich hemmt, politisch vernichtend wirkt. — Und wieder zeigt es sich, dass die Reaktion, eng verfilzt mit all den kleinlichen Machtinteressen der in den einzelnen Ländern herrschenden Beamtenhierarchie, dieser Frage gegenüber ohnmächtig ist. Nur der Bruch mit all diesen Machtinteressen kann unserm Volk die einheitliche Bewegungskraft geben, die es wirtschaftlich und politisch dringend nötig hat. Und der Bruch mit diesen Machtinteressen ist wieder ein Stück vorwärts auf dem Weg zu der Grosszügigkeit, die die engen Kirchturmsinteressen überwindet und den Blick weitet für die Gesamtaufgaben, die Menschheitsaufgaben.[1])

Und wenn man etwas von diesem intensiven Ringen und Werden weiss, das sich in Deutschland vollzieht, wird man fühlen, wie hier ein Werden aus der Enge in die Weite, ein Lernen an der grossen weltgeschichtlichen Aufgabe sich vollzieht, ein Lernen, in dessen Fortschreiten es immer deutlicher wird, wie in den Dingen selbst, in den Aufgaben selbst die heilige Wirklichkeit ist, die den Menschen in Gottes Aufgabe hineinzieht. — Ein Volk, das jahrhundertelang von guten Vormündern von der Arbeit an dieser Wirklichkeit ferngehalten wurde, musste ein enges, materialistisches und deshalb sehr kurzsichtiges Volk werden.

Nun steht das deutsche Volk in der Wirklichkeit, sie ist eine harte, fast grausame, rücksichtslose Lehrmeisterin, und es ist ein schweres Ringen mit dem alten Materialismus, Machtglauben und der Enge, die gerade in den Kirchen konsolidiert ist, die helfen sollten, weiter zu kommen.

Aber die Wirklichkeit ist da und zwingt und lehrt, und die Umwandlung vollzieht sich und ein Geschlecht wächst empor, das ihr dient und nicht mehr dem Unglauben. Welches sind die Aufgaben des Sozialismus in diesem Geschehen, und wie löst er sie? Davon der nächste Artikel. Emil Fuchs.

Berichte

Erste internationale Studienkonferenz für Friedensfragen des Weltbundes für Frauenstimmrecht.

17.—19. November 1927.

Es ist wohl der Mühe wert, sich auf einige Augenblicke mit einer Frauentagung zu befassen, die im Spätherbst des abgelaufenen Jahres, vom 17. bis

[1]) Nur ganz diskussionsweise darf hier vielleicht an unsern Freund die Frage gestellt werden, ob nicht eine scheinbar hinderliche Vielgestaltigkeit ein Volk fruchtbar macht und auch den Frieden besser verbürgt als die Zentralisation? Die Red.